

Merseburger Tageblatt

Wegzugspreis frei Haus durch die Westfälische Union, Nr. 430, monatl. 2.100
Durch die Westfälische Union, und 14 W. monatl. 2.100; bei Abgabe der Wohnung v. 3.
durch die Westfälische Union, und 14 W. monatl. 2.100; bei Abgabe der Wohnung v. 3.
nach, — für unentgeltliche Anzeigen und alle sonstigen Anzeigen.
Veröffentlichungsort: Merseburg. — Druckort: 100. Verlagsstelle: Leipzig, 4.

Kreisblatt

Anzeigenpreis für den gewöhnlichen Millimeter: Gehälter 15 Pf. Die
Anzeige für die letzten 20 Millimeter (Gehälter von 100 Pf.) wird ausbezogen.
auf diese Angaben in der Zeitung gewinnlos. Schlußfrist: 10. August, abends
berechnet. — Reichsanzeiger, die Millimeter-Gehälter 40 Pf. —
Kriegs- und Marine-Anzeiger 70 Pf. abends, 2. vorgerichtetem Tage

Zeitung für Stadt u.



Kreis Merseburg

Umtliches Anzeigblatt der Merseburger Kreisverwaltung und vieler anderer Behörden

Nr. 184.

Mittwoch, den 20. August 1919.

159. Jahrgang.

Amtliche Anzeigen

Seite 6.

Erzeugerhöchstpreis für Frühkartoffeln.

Tageschronik

- Beginn der Kohlenlieferungen an die Entente.
- Ein neuer Friedensvertrag zwischen Deutschland und Amerika?
- Einfluß Westinghaus auf Deutsch-Oesterreich.
- Neue Rheinlandpläne.
- Beförderung der Lage im oberösterreichischen Aufstandsgebiet.
- Die Kämpfe dauern fort; reguläre Polentruppen beteiligt sich.
- Streikverbot und Standrecht in Oberösterreich.
- Weitere Ausdehnung des Streiks.
- Neue Streiks im Reichsforstrevier.
- Berücksichtigung des Offiziersentschädigungsgesetzes durch die Nationalversammlung.

Landdorfs Kriegserinnerungen.

Unter dem Titel „Meine Kriegserinnerungen 1914-18“ erscheint morgen bei E. S. Mittler u. Sohn in Berlin das lange und mit Spannung erwartete Buch des Generals Lubendorf. Aus dem überaus reichen Inhalt des über 600 Seiten starken Bandes, der viele Pläne und 10 große Kartenbeilagen enthält, geben wir nachstehend zwei Abschnitte wieder:

Berichtungsstelle und Verhörsverfahren.

Der Generalstabmarschall und ich teilten bald nach unserer Vernehmung in die Oberste Heeresleitung und nach dem Erkennen der Lage dem Reichsamtler unsere Aufzeichnungen über die Bedürfnisse des Heeres, die zugleich auch die der Marine waren, mit, und erörterten die hieraus sich ergebenden Aufgaben der Heimat. Wir riefen ihn zur kriegerischen Zusammenarbeit auf und waren hoffnungsvoll, trotz des bedrohlichen Grades der Lage.

Die Regierung hatte unseren Eintritt in die Oberste Heeresleitung begrüßt. Wir kamen ihr mit offenem Vertrauen entgegen. Bald aber begannen zwei Gedankenketten miteinander zu ringen, vertreten durch die Anschauungen der Regierung und die unseren. Dieser Gegensatz war für uns eine schwere Enttäuschung und zugleich eine unangenehme Warnung.

In Berlin konnte man sich nicht zu unserer Auffassung über die Kriegsmittelverhältnisse bekennen und nicht den eigenen Willen finden, der das ganze Volk erfüllt und dessen Leben und Denken auf den einen Gedanken: Krieg und Sieg, einstellt. Die großen Demonstration der Entente haben dies vermocht. Gambetta 1870-71, Clemenceau und Lloyd George in diesem Kriege stellen mit harter Willenskraft ihre Völker in den Dienst des Sieges. Dieses zielbewusste Streben, der mächtigste Berichtungsstelle der Entente, wurden von der Regierung nicht in voller Schärfe erkannt. Wie war daran zu zweifeln gewesen. Statt alle vorhandenen Kräfte für den Krieg zu sammeln und im Höchstmaß anzuspännen, um zum Frieden auf dem Schlachtfelde zu kommen, wie dies das Wesen der Völker bedingte, sah man in Berlin einen anderen Weg ein; man sprach immer mehr von Verjährung und Verständigung, ohne gleichzeitig dem eigenen Volke einen starken kriegerischen Impuls zu geben. Man glaubte in Berlin oder täuschte sich dies vor: Die feindlichen Völker müßten den Verjährung verbindlichen Worten sehr sorgfältig lauschen und würden ihre Regierungen zum Frieden drängen. So wenig konnte man dort die Weisheit der feindlichen Denker und Regierungen mit ihrem harten nationalen Denken und hochartigen Willen. Berlin hätte aus der Geschichte früherer Zeiten nichts gelernt. Man hätte hier das eigene Unvermögen gegenüber der Weisheit des Feindes, man verteilte die Hoffnung auf den Sieg und ließ sich freiben. Der Gedanke, zum Frieden zu gelangen, wurde stärker als der Wille, für den Sieg zu kämpfen. Der Weg zum Frieden war gegenüber dem Vernichtungswillen des Feindes nicht zu finden. Man verwarf darüber, das Volk den schweren Weg des Sieges zu führen.

Reichstag und Volk sahen sich ohne solche Führung, die sie zum großen Teil nicht errieten, und sollten mit der Regierung auf die abgründige Bahn. Die genialsten Köpfe

des Krieges an sich wurden immer mehr beiseite geschoben. Innerpolitisches Denken und das eigene Ich überwiegen. Das wurde zum Unglück für das Vaterland.

Der Kronprinz.

Besonders gern denke ich an meine Beziehungen zum Hauptquartier des Deutschen Kronprinzen. Der Kronprinz zeigte viel Verständnis für den militärischen Beruf und stellte kluge, sachgemäße Fragen. Er liebte den Soldaten und beflummerte sich um die Truppe. Es war nicht für den Krieg, sondern sprach für den Frieden. Dies bleibt richtig, auch wenn andere das Gegenteil behaupten. Der Kronprinz hat es stets bedauert, daß er für seinen Beruf als späterer Kaiser nicht genügend vorbereitet wurde, und hat sich alle mögliche Hilfe gegeben, dies nachzuholen. Er meinte mir gegenüber, er habe es schlechter als ein Facharbeiter. Auch hat er eine Denkschrift darüber angefertigt, die er seinem kaiserlichen Vater und dem Reichskanzler überreichte. Dem Kronprinzen haben seine Kauterlichkeiten geschadet; er war mehr, als er hiernach schien.

Der polnische Aufstand.

Die Kämpfe dauern noch an.

Die Kämpfe zwischen deutschen Truppen und polnischen Banden in Oberösterreich dauern noch an. Es wurde festgesetzt, daß die Polen im Gebirge von Oberösterreich in der Gegend von Döberzbach starke Verstecke hatten, während der Osten Oberösterreichs von polnischen Truppen fast unbesetzt ist. Das Generalkommando hat alle erforderlichen Maßnahmen getroffen, um jeder Eventualität erfolgreich begegnen zu können. Im unterösterreichischen Kreisen erwartet man übrigens schon seit längerer Zeit, daß die Polen Aufstandsbewegungen unternehmen würden.

Aus dem Reutheuer Revier wird hierzu gemeldet: Nach 2 Uhr setzten sich gleichzeitig

die polnischen Aufstandsbewegungen

an folgenden Orten ein: Wobers, Hohenleub, Ködine, Dombrowitz, Scharley, Birkenstein und ganz besonders in Karl und Schulzshütte. Die Ortsherrschaften gingen zum Teil an die Polen verloren, wurden aber größtenteils, nachdem Verhandlungen herangeführt waren, wieder an uns zurückgegeben. Dombrowitz war in den Vormittagsstunden noch in polnischer Hand. Seine Erstürmung steht aber jetzt im Vordergrund. Eine größere Untereinheit ist augenblicklich im Gange in der Richtung Schomberg-Zulshütte-Karl.

Aus dem Reutheuer Revier wird gemeldet: Die Aufstandsbewegungen. Unsere Truppen gingen vor in Richtung Ködine, Ködine, Wobers. Bisher gelichtet ist die Linie bis zum Kanal Wobers. Augenblicklich besteht keine Verbindung südlich Ködine-Gebirge, ebenso keine Verbindung in Richtung Ködine und Reutheuer. Die Eisenbahn südlich Reutheuer ist jetzt wieder übernahmelt. Nur der Wachtzahnende entkam. Neber

weitere Aufstände in der Nähe von Kattowitz

liegen folgende Meldungen vor: In Balzane sollte die Aufstandsbewegung übernahmelt werden. Der Aufstand wurde verhindert. In Bogenshütte fanden spärliche Zusammenkünfte statt. Das Revier sollte wieder verhindert. Erst ist die Lage im Rückschritt, wo

eine Verstärkung Reichswehrs fast bedroht

ist. Man hofft, durch herangezogene Verbände die Lage zu retten. Die Aufstandsbewegung in Kattowitz wurde von den Polen befreit. In Myslowitz sind vier Schwadronen verschwunden. Es kam zu Zusammenstößen. In Schöpschitz haben Zusammenkünfte bevor. Truppenverbände sind in Annarsch.

Die Auffassung in Berlin.

Das Reichswehrministerium teilt über die augenblickliche Lage in Oberösterreich folgendes mit: Kleine Verbände der Aufständigen werden da und dort noch partiell, sonst sind die Angriffe zurückgeschlagen. Das Generalkommando in Breslau erwartet, auch weiterhin Herr der Lage zu bleiben. Erst heute früh 4 Uhr sind alle Suben militärisch besetzt, um Sabotage zu verhindern. Die Nachricht vom Eingreifen polnischer Regularien

bestätigt sich. Dem Generalkommando des 6. A. S. vorliegende Nachrichten lassen erkennen, daß die Mitwirkung weiterer polnischer Regularien, und zwar von Haller-Truppen, vorgesehen war oder noch ist.

Freie Wirtschaft oder völliger Niederbruch.

Von besonderer Seite wird uns geschrieben:

Erzberger hat bei der Einleitung der ersten Beratung des Reichsnotopfers und der Umfassender Ausführenden gemacht, die jedem einbringlich vor Augen führen, was es heißt, einen Krieg zu verlieren. 25 Milliarden neue Steuern müssen Jahr für Jahr aufgebracht werden; eine ungeheure Summe, wenn man sich vor Augen führt, daß wir vor dem Kriege mit einem Steuerbedarf des Reiches von 2 Milliarden zu rechnen hatten; und dabei hatten wir vor dem Kriege ein Einkommen aus Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft von 50-55 Milliarden, von denen wir in günstigen Jahren 9-11 Milliarden erlösbaren, so daß der größte Teil dieses neuen Reichtums wieder in Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft verbrennend angelegt werden konnte. Es war gerade das Vermögen der damaligen Hochkonjunktur, das für diesen ständig sich erneuernden Reichtum das Kapital stutz und der Arbeit teuer war, weil man immer nicht genug davon hatte. Und ebenso merkwürdig war, daß man damals Staats- und Kommunalanleihen nicht bevorzugte, sondern bemüht blieb, sein Kapital so anzulegen, daß es das deutsche Wirtschaftleben immer wieder von neuem befruchtete und seinen wohlgemeinsten Anteil an dem erfolgreichsten Aufstiege Deutschlands hatte.

Der Krieg hat diese Verhältnisse von Grund aus verändert. Die Staatsanleihe ist für den Frieden erforderlich, jeder Arm war tätig, um die Mittel zu schaffen, die notwendig waren, um den Krieg fortzuführen. Über 90 Milliarden Markt sind allein in Kriegsanleihe festgelegt worden, und für Kriegszwecke mußten sie Verwendung finden, ohne in ähnlicher Weise Industrie und Handel, Gewerbe und Landwirtschaft zu einer Arbeit veranlassen zu können, die uns wie früher das Ausland tributpflichtig machte, indem es unsere Erzeugnisse erkaufte, um uns dafür Rohstoffe, Lebens- und Genussmittel und sogar viel, viel Luxuswaren zu geben. Wir arbeiteten auch während des Krieges sehr fleißig, aber gar nicht für uns, sondern für andere, wie sich inzwischen gezeigt hat: für unsere Feinde, die uns beschlagnahmten. Man mußte nicht sehen, wie wir es fertig brachten, unsere Schulden, die wir bei uns selbst gemacht haben, zu tilgen und darüber hinaus noch so billig zu arbeiten, daß wir dem Auslande etwas liefern können, wofür es uns wertvolle Zahlung leistet!

Es kann nicht geleugnet werden, daß diese Aufgabe sehr schwer ist. Es gilt nicht nur, über 90 Milliarden Kriegsanleihe zu verjüngen, es gilt vor allem, die schwebende Schuld von 76 Milliarden zu verjüngen und so schnell als denkbar abzutragen. Eine ungeheure Aufgabe! Denn die Arbeit bei uns ist vermindert und verneuert worden, vermindert aus Rohstoffen und vor allem an Rohstoffen; die Arbeit durch die Entwertung aller Geldes und die damit zusammenhängende schwache Lebensmittellieferung, die viele Menschen unmutig macht und sie ausruhen läßt. Was hat die ganze Arbeit für Zweck, wenn es mir democh nicht möglich wird, trotz fünfzig höheren Einkommens so zu leben, wie es vor dem Kriege mit einem Fünftel des heutigen Geldes möglich war? Kann man sich etwas Gediegens aneignen, kann man sich anständig kleiden, ohne überfordert zu werden? Und nun soll man auch noch höhere Steuern zahlen! Ist das überhaupt möglich? Es ist lehrreich, in solchen Zeiten der trübsinnigen Not sich vor Augen zu halten, daß ähnliche und verhältnismäßig noch schlimmere Zeiten von früheren Generationen auch durchgemacht werden konnten. Als nach der Vernichtung der spanischen Armada England durch Philipp der Zweite den Staatsbankrott erklären mußte, waren lediglich fünfzig Jahre die reichsten Handelsjahre in Antwerpen, Augsburg, Mailand, Venedig, Rom, Sevilla, Lyon, Turin in Deutschland, Genua, Frankreich, Spanien und den Niederlanden vernichtet, und zeitweise stagnierte das gesamte geschäftliche Leben Westeuropas; die Steuern waren so ungeheuer hoch, daß die spanischen Cortes erklärten, Handel lasse sich auf absehbare Zeit hinaus überhaupt nicht mehr treiben, da man von tausend Dukaten Kapital dreihundert Dukaten Abgaben zu zahlen habe, was bedeutet, daß jegliches Kapital innerhalb dreier Jahre aufzuheben sei, wenn nicht besonders günstige Sonderabnahme zu machen seien. Sie überlebten aber aus und die spanische Volksherrschaft brach schließlich zusammen; bis nach Westindien zog sich der wilde Trümmerschaum.

Die Vernichtung des angeamulierten Kapitals in Spanien erwies sich damals als Verhängnis, das bis in die Gegenwart verherbernd wirkte. Ist eine ähnliche, an Wert und Umfang grenzende Vernichtung bei uns zu befürchten? Diese Frage darf so auch weiterhin nicht vernachlässigt werden. Die deutsche Volkswirtschaft arbeitet viel zu teuer. Die Handlungsunkosten beim Vertriebs sind maßlos gestiegen. Es ist mit dem erheblichen Fortschreiten auf die

Güter- und Personentransporte zu rechnen. Das Vielexporten ist erhöht; die Unschiffbarkeit und viele anderen Stellen sind letzten Endes nichts anders als wachsende Kosten jeglicher Sandlung, jeglicher Erzeugung, und alle diese Erzeugnisse sollen noch mehr erhöht werden. Es werden sämtliche die Erhöhung der Produktionskosten, eine neue Mineralöl-Steuer, eine allgemeine Umsatzsteuer, eine große Reichslohnsteuer, eine Erbschaftsteuer kann hier außer Betracht bleiben, aber das Reichslohnsteuer wird das wachsende Kapital stark vermindern und eine große Verminderung an ständigen Mitteln bringen, das mit hohen Zinsen und weiterhin vermehrter Arbeit gerechnet werden muß.

Ungeachtet dieser Verhältnisse, die dadurch verschärft werden, daß Eisenbahnminister Döber in seiner Rede in der Reichstagskammer in Berlin neue sehr weitgehende Einschränkungen des Personenverkehrs und eine neue Erhöhung der Tarife für den Personen- und Güterverkehr in Aussicht stellte, kann man dem Winter und der Zukunft überhaupt nur mit größter Sorge entgegensehen. Es wäre dringend zu wünschen, daß die Reichsregierung jetzt schon alles tut, um mit Hilfe des freien Handels und seiner Organisations Vorbereitungen nach der Richtung zu streifen, daß unter allen Umständen möglichst die Erhaltung des Reichs in der Lage zu sein und unangenehme Verhältnisse hier zu vermeiden würde, weil sonst eine Katastrophe unausweichlich erscheint. Das Reichswirtschaftsministerium muß unlangst selbst zugeben, daß durch seine Preispolitik der Getreidepreis derart übergehoben worden sei, daß Arbeiter an der West- und besonders an der Ostküste mit abnehmendem Gewinne große Massen unserer Getreides über die Grenze schmuggeln, so daß die Reichsgetreidehöfe vollständig, um den Not des deutschen Volkes zu lindern, ausländisches Getreide einführen und trotz des Einfuhrzolls von 100 Prozent zum Einfuhrzoll noch über 700 Millionen Mark bei diesem Geschäft aufzuteilen, ohne letzten Endes der Allgemeinheit zu nutzen. So dürfen aber die Reichsminister nicht wünschen, wenn es dem deutschen Volke nützlich werden soll, trotz verminderter und vermehrter Arbeit doch noch höhere Steuern aufzubringen!

Die Amerikaner und die Polen.

Von unserem Berliner Vertreter wird uns geschrieben: Die Angriffe der Polen in Oberösterreich haben die Amerikaner, wie es scheint, völlig auf die Seite der Deutschen gebracht; denn ich erfahre zuverlässig, daß die Amerikaner dieses Vorgehen der Polen mißbilligen und sich sofort an die Rettung der polnischen Truppen gewandt haben, dahin zu wirken, daß die Angriffe eingestrichelt werden. Sie bedeuten einen Bruch des Friedensabkommens und würden zu ersten Maßnahmen gegen die Polen führen. Auch wenn es sich, was noch nicht feststeht, um kein Verbrechen, um Verstöße gegen polnische Gesetze handelt, so wird der polnische Herkunftsbesitz der Amerikaner die Verantwortung zugeordnet. Die Amerikaner versuchen demnach alles, polnische Anmachungen zurückzuweisen, und man nimmt an, daß sie, falls ihre Forderung nicht entprochen wird, ungesäumt die in Aussicht genommenen Besatzungstruppen, die zu 60 Prozent aus Amerikanern bestehen sollen, nach Oberösterreich dirigieren werden.

Polnische Mordelbender.

Im Kreis Plesch wurde an einer einzigen Stelle dreizehn scheinlich ungerichtete Leichen deutscher Soldaten über überflachten Feldwege gefunden. Meldungen über Einzelheiten der Aufklärung laufen von allen Seiten ein. Die Bestattung bildet um Schutz, da sie während noch der Erde stattfindet.

Die Greuelthat in Oberösterreich.

Verklärung des Standrechts.

Von Seiten des Kommandos des kaiserlichen Armeekorps und des Staatskommissars für Oberösterreich und Westpolen wurde heute der verhängnisvolle Befehl erlassen, die polnischen Truppen für den Regimentsbesitz Doppel und Einkommen zu erklären. Die Verordnung enthält das Verbot des Eintrags der polnischen Truppen und von der Arbeit durch irgendwelche Personen haben sich sofort an ihre Arbeitsstelle zu begeben und die Arbeit umgehend aufzunehmen.

Stehende Kohlennot in Breslau.

In Breslau, in der Verbrauch von Gas und Elektrizität nach wie vor in öffentlichen Lokalen verboten. Von Mittwoch ab wird der Gasverbrauch in öffentlichen Lokalen, von Donnerstag ab die Stromabgabe für öffentliche Betriebe um die Hälfte geteilt, und von 11 Uhr abends bis 4 1/2 Uhr früh die Gaszufuhr und der elektrische Strom vollständig gesperrt.

Ein Aufruf des Staatskommissars.

Der Staatskommissar erklärt einen Aufruf an die Bevölkerung Oberösterreichs, in dem es heißt: Unter den wichtigsten Verdiensten, mit Zug und Trug werden die polnischen Truppen in der Lage zu sein, die öffentliche Ordnung zu erhalten. Infolgedessen besteht im Lande die öffentliche Ordnung. Die Parteien müssen abgelegt werden. In diesem Verdienste konnte ich nicht länger zusehen, besonders nicht, als Sonntag und Montag der bewaffnete Zustand mit Veränderungen eintrat. Ich ersuche alle vernünftigen Menschen sofort die Arbeit aufzunehmen und Ruhe und Ordnung einzubringen, damit es nicht zu den schweren Stufen, die aus dem Standrecht folgen, kommt.

Das Problem des Friedens.

Die ersten Kostentieferungen an die Entente.

Die die Agence Havas' der französischen Presse mitteilt, haben die von Deutschland zu erwartenden Kostentieferungen aus dem Reichsgebiet jetzt ihren Anfang genommen. Die erste dieser Kostentieferungen stellt ferner über die vereinbarte Menge hinaus. Die beträgt fast 885 000 Tonnen über 1 Million Tonnen für den ersten Monat.

Der Aufbau Nordfrankreichs.

Von unserem Berliner Vertreter wird uns geschrieben: Wie ich von zuverlässiger Seite erfahre, werden die Arbeiten zum Wiederaufbau Nordfrankreichs nicht vor Beginn des nächsten Jahres beginnen werden, so daß es also jetzt noch nicht nötig ist, sich hierüber vorzubereiten. Weiter zu werden. Die Vorbereitungen jedoch sollen nach wie vor im nächsten Jahre beginnen. Hierzu kommt aber bezüglich der Personell in Frage, das jetzt reichlich vorhanden und für den Wiederaufbau vorgemerkt ist.

Die Amerikaner werden abgelehnt.

Rohls, 18. August. (Eig. Drafts.) Gestern fanden im hiesigen Hauptquartier Verhandlungen über alle Einzelheiten der Übernahme eines Teiles der bisher von amerikanischen Truppen besetzten Gebiete durch französische Truppen statt. Rameilich der Absicht westlich des Rheins soll fort ab mit Amerikanern von Franzosen besetzt werden. Das französische Regiment aus Badenau kommt nach Koblenz, während es sich hauptsächlich in das südliche Badenau. Oberrieten ist nach Paris gerückt, um wegen der Liebertragung des Oberbefehls über gewisse Teile der besetzten Zone auf die Franzosen zu verhandeln.

Verwundete Kriegsgefangene aus England.

In Rotterdam ist der Dampfer 'St. Devis' mit 372 verwundeten deutschen Kriegsgefangenen, Offizieren und Mannschaften, eingetroffen. Die Weiterreise nach Deutschland erfolgt mittels Jagarettages.

Neutrale Schritte für die Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen.

Der 'Temps' meldet, daß zwei neutrale Regierungen am 11. August Schritte bei der englischen Regierung unternommen haben, um die Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen zu ermöglichen.

Amerika und der Friedensvertrag.

New York, 19. August. Präsident Wilson hat dem Senat mitgeteilt, daß bezüglich des Friedensvertrages zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland die Verhandlungen am 11. August Schritte bei der englischen Regierung unternommen haben, um die Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen zu ermöglichen.

Wilson'sches gescheitenes Dokument.

Paris, 18. August. (Eig. Drafts.) Wie aus Washington gemeldet wird, hat Wilson an den Senat ein Schreiben gerichtet, in dem er sich bereit erklärt, dem Senat die geheimen Dokumente über den Friedensvertrag und den Entwurf vorzulegen, soweit sie den Senat interessieren können (1).

Ententepläne.

Ein großbritannischer Staat in Mitteleuropa?

Der 'Temps' berichtet, daß es sich bei den Zusammenkünften hoher österreichischer Würdenträger in der Schweiz um den Plan der Schaffung eines großen katholischen Staates in Mitteleuropa gehandelt habe, der Deutsch-Österreich, Ungarn und Bayern umfassen soll. Hinsichtlich Bayern gebe man die Hoffnung, daß seine frühere Neutralität mit Preußen und die engen Beziehungen zu Österreich-Ungarn dazu beitragen würden, diesen Plan zu verwirklichen. Weiter wurde dort mit dem Argument gearbeitet, daß die Österreicher Bayern beizubehalten hätten, was sich als ein Ziel erwies, das sich nicht verwirklichen ließ. Hinsichtlich Bayern würde man die Hoffnung haben, daß die vielfachen kulturellen Bande mit Österreich dazu beitragen würden, den Plan zu verwirklichen.

Ein antipreußischer Block?

Der 'Temps' beschäftigt sich mit den Behauptungen österreichischer Würdenträger, in der Schweiz. Das Blatt führt aus, daß es sich hierbei um die Schaffung eines großen antipreußischen Blockes in Mitteleuropa gehandelt habe, der Deutsch-Österreich und Bayern umfassen soll. Hinsichtlich Bayern würde man die Hoffnung haben, daß die vielfachen kulturellen Bande mit Österreich dazu beitragen würden, den Plan zu verwirklichen.

Wahrscheinlichkeiten in Tschechien.

Die tschechoslowakische Regierung hat die meisten tschechoslowakischen Städte, Wäner, und Konventionen, eine große Anzahl, insbesondere die deutschen Städte, unter ihres Reiches Gebraucht worden. Die Wäner und Konventionen befinden sich in großen Scharen in Tschechien und flüchten nach Deutschland.

Wahrscheinlichkeiten der Kompetenzregierung?

In Kopenhagener diplomatischen Kreisen sollen vorläufige Nachrichten eingetroffen sein, nach denen Lenin mit seinen Parteilägern und den derzeitigen Mitgliedern der Kompetenzregierung über deren Abtritt bereit. Die Ereignisse in Ungarn haben Lenin davon überzeugt, daß die Hoffnung auf die Wiederherstellung sich nicht erfüllen wird. Er will jedoch den gewaltsamen Umsturz vermeiden und die Regierung durch ein gemäßigtes sozialistisches Kabinett ersetzen, um dadurch eine Wiederkehr der Reaktion, wie sie in Ungarn eintrat, zu verhindern. Der Abzug des Reiches würde sich nach von ihm selbst im Wert gesetzt werden, und es nach dem geordneten Zustände eingeleitet, falls der Reiches abtritt stattfinden sollte. Der erste Schritt gegen die tschechoslowakische Regierung ist die Abkehr von der tschechoslowakischen Regierung, doch hat er unter den tschechoslowakischen Wäner nur wenig Anhänger. Man erwartet, daß der eventuelle Abtritt der Kompetenzregierung bereits im Oktober stattfinden soll.

Die neue Armee der Türkei.

Kemal Pascha, der Generalinspekteur der türkischen Armee, hat sich nach einer Pariser Meldung nach Ankaras abgerufen hat, die tschechoslowakische 120 000 Mann stark ist. Es können fortwährend etwaige tschechoslowakische Einheiten aus dem Vorderfeld dieser Armee zu Kemal Pascha hin auf die Seite der Türken gestellt, die sich einer Aufteilung der Türkei durch die Alliierten mit allen Mitteln widersetzen wollen.

Gebete der landwirtschaftlichen Arbeiterschaft.

Der Streik der landwirtschaftlichen Arbeiterschaft im Reichsgebiet ist beendet. Gestern früh ist die Arbeit allgemein wieder aufgenommen worden. Die Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitern führten zu einem Abkommen, wonach Lohn- oder Teuerungszuschüsse von täglich 2 bis 3 W. den Arbeitern zugesagt werden.

Arbeitslosendemonstrationen in Böhmen.

Prag, 18. August. In einer Versammlung im großen Bürgerhaus nahmen die Arbeitslosen, hiesigen Kaufleute und Arbeiter an der Eröffnung an, in der unter anderem von der Selbstverwaltung die Erhöhung der bisherigen Höhe der Arbeitslosenunterstützung, Gewährung einer Teuerungszulage usw. gefordert wurden. Eine Kommission wurde nach dem Rathe ausgearbeitet, welche mit der Selbstverwaltung verhandeln und die Antwort zurückbringen sollte. Als der Bescheid kam, daß die Arbeitslosenunterstützung nicht erhöht werden würde, beschloß die Teilnehmer, sich die Antwort selbst vom Rathe zu holen. Sie versammelten sich am 19. August um 11 Uhr vor dem Rathe, um die Erhöhung der Unterstützung zu fordern, sofort mit einer Kommission die Verhandlungen über die Forderungen aufzunehmen.

Entwaffnungsdemonstration in Chemnitz.

In Chemnitz soll durch die Truppen der Reichswehr eine Entwaffnungsdemonstration durchgeführt werden, um die Wiederholung von Vorfällen, wie sie vor kurzem dort stattfanden, zu verhindern. Die tschechischen Reichswehrtruppen sind durch preussische Einheiten verstärkt worden.

Deutsche Nationalversammlung.

In der politischen Sitzung der Nationalversammlung fand zunächst die erste und zweite Beratung eines Gesetzes über einen

Reichsbeitrag für das Jahr 1919

auf der Tagesordnung, durch das zur Verteilung einmahliger Ausgaben 9 Milliarden im Wege des Reichs beigesteuert werden sollen.

Abg. Dr. Eugenberg (Dn.) Die Vorlage ist uns erst am Sonntag morgen zugegangen, sie kommt also gemäß § 18, wonach eine Vorlage frühestens am dritten Tage nach ihrer Bekanntgabe auf die Tagesordnung gesetzt werden darf, heute nicht zur Beratung gestellt werden. In der letzten Zeit sind ja manche Gesetze mit einer Eile verhandelt worden, die eigentlich der Würde des Hauses nicht entspricht.

Wenn die Mehrheit des Reichstages mit ihrer Würde vereinbaren kann, dem Reich die vorgeschlagene Summe beizusteuern, so ist das ein Beweis für die Widerstandsfähigkeit des Reiches. Die Kritik der Bevölkerung gegen das Gesetz ist sehr lebhaft. Wir haben den Eindruck, daß durch die überhöhte Art der Vorlegung die

Gesundheit der Beherdung sogar vernachlässigt

werden soll. Das können wir nicht mehr mitmachen und beantragen die Ablehnung dieser Vorlage. (Zeh. Reichst. Dr. v. Ullrich (Lns.) Präsident Behring bittet, dem Reichslande zuzugeben, Reichsfinanzminister Erberger weist darauf hin, daß es bei Annahme des Antrages dem Reich unmöglich ist, ordnungsmäßig weiter auszugeben, und vor dem Staatsbankrott zu warnen. Man möge wenigstens jetzt die erste Zeitung vernachlässigen und das Gesetz an den Ausschuss verweisen. Abg. Schulz-Wechsungen widerspricht dem Vorschlag des Reichsfinanzministers. Abg. Dr. Heine (D. Wst.) verlangt ebenfalls Ablehnung der Vorlage. Die Nationalversammlung wird in jeder Zeit mit Gesetzesvorlagen überhäuft, von denen die Mehrheitspartei sehr genaue Kenntnis hat, während

die Minderheitspartei davon nicht unterrichtet

waren. (Reichst. Dr. v. Ullrich.) Abg. Dr. Denberg (Dn.): Jeder Kenner des Geistes weiß, daß die Vorlage vollumfänglich ist. Die Reichsregierung hat sich nicht zur Erklärung der Gesetze verpflichtet. (Reichst. Dr. v. Ullrich.) Reichsfinanzminister wird keinen ruhigen schlafenden Reichler daran überlegen können, daß wir vor dem Bankrott stehen. Andernfalls wäre es auch möglich gewesen, das Amt früher zu sagen. Reichsfinanzminister Erberger: Ich werde zur Begründung der Vorlage Gründe anführen, die darthun, warum ich in diesem Augenblick die Beratung vorschlagen muß. Vorherige Informationen sind keine Partei gemacht worden. Die Annahme des Antrages Eugenberg würde von

schweren, unvorstellbaren Folgen

begleitet sein. Abg. Reil (Dn.): Offenbar will die Rechte der Regierung Schwächen machen. (Reichst. Dr. v. Ullrich.) In der beabsichtigten Galt gegen die Reichsfinanzminister auf den Grund der Drohung mit seiner Demission. Abg. Schulz-Wechsungen (Dn.): Wir müssen vor der ersten Sitzung erfahren, was der Vorlage nach den Worten des Reichsfinanzministers Entscheidendes zur Verhandlung steht. Demnach wird die Entscheidung vor der Sommerpause nicht in Frage gestellt, so daß Erberger

zu unserem Bedauern nicht zur Demission zu überreden

braucht. — Der Antrag Eugenberg wird gegen die Stimmen der Rechten und der Unabhängigen abgelehnt. Nachdem der Reichsfinanzminister erklärt hat, daß er nach Erhebung der ersten Sitzung und Bewerfung an den Ausschuss der weitere Mitteilungen zur Begründung machen werde, geht die Vorlage gemäß Antrag Denberg (Dn.) an den Ausschuss.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes über die Entschädigung der Infolge der

Verminderung der Wehrmacht

auscheidenden Offiziere Abg. Grünwald (Dn.). Wir begrüßen, daß wir die Offiziere durch das Gesetz den Übergang zu einem anderen Beruf erleichtern können. Abg. v. Gröbe (Dn.): Das Gesetz sollte einmütig angenommen werden. In erster Linie handelt es sich um eine Rechtsfrage. Doch der

Schwereit der Wehrmacht

verlangt wird ist unerlässlich. Bei der Mehrheit würde doch wohl eine Annahme gegen die Offiziere mit. Wir von der Opposition und die Demokraten haben uns für die ursprüngliche Resolution ausgesprochen, die dem Reichstag über die Regierung hat ihre eigene Vorlage nicht recht vertreten. Man kann an ihren Ernst nicht recht glauben. Ich hoffe, daß die Regierung mit diesen Worten wird. Es ist nicht nur moralische Pflicht, sondern

ein Gebot politischer Klugheit,

wenn in unserem Sinne beizustimmen wird.

Reichswehrminister Reoste:

Es ist richtig, daß sich sehr viele Offiziere zurzeit in schlechter Lage befinden und daß es zahlreiche Kapitulanten treffen geht. Wir müssen

Bezahlungen von Berufsoffizieren einstellen.

Infolge solcher Behauptungen, wiewohl die unabhängigen Presse über die Zahl der noch vorhandenen Soldaten und daß wir den Friedensvertrag in militärischer Hinsicht nicht lösen dürfen wollen, kann Frankreich sich nicht entscheiden, uns die Kriegsgefangenen zurückzugeben (Sart, holl.), weil man dadurch eine Vermehrung unserer Streitkräfte befürchtet, was in unserem Interesse immer noch übertriebene Behauptungen macht. Nicht ist die Auffassung, daß das Reich gegenüber den Offizieren eine besondere Dankspflicht zu erfüllen habe, weil sie sich in den Tagen der Revolution zur Verfügung stellten, um Deutschland vor dem Chaos zu bewahren. Die Offiziere haben damit nicht zuletzt auch ihre eigenen Interessen gebietet. Der Ausschuss ist vom Grund

Beilage zu Nr. 184 des Merseburger Tageblattes

Kreisblatt.

Mittwoch, den 20. August 1919.

Politische Rundschau

Die Vereidigung des Reichspräsidenten.

Berlin, 18. August. (Eig. Draht.) Die Nationalversammlung hat die feierliche Vereidigung des Reichspräsidenten auf nächsten Mittwoch, 11 Uhr vormittags, in der Nationalversammlung angesetzt.

„Vorbereitungen zu einer militärischen Gegenrevolution“.

Die Berliner „Freiheit“ berichtet folgende lächerliche Sensationsmeldung, die alle bisherigen Leistungen dieses Blattes übertrifft:

„Die in Russland befindliche Armee, die bislang die Aufgabe hatte, die Freireichsbestrebungen im kaisertlichen Rußland im Interesse der baltischen Punkte niederzudrücken, trifft seine Anstalten, das Land zu verlassen. In dieser Armee haben sich alle reaktionären Elemente der alten Offizierskaste vereinigt, die sich um die Anweisungen der Regierung nicht kümmern und drauf und dran sind, eine Truppenmacht herauszubilden, mit der sie einen Aufstand gegen die deutsche Revolution zu führen beabsichtigen. Da ihnen eine fragestellerische Verfassung gegen Deutschland einzuwerfen noch verlagert ist, haben sie sich der russischen Armee angeschlossen, die in Russland durch den Fürsten Lieben angeführt worden ist. Die reaktionären Offiziere werden offen zum Übertritt in die russische Armee, und es sind auch in der Tat schon mehrere Verbände in voller Ausrüstung übergetreten, so z. B. der Sowjetbund der Eisernen Division, die Formation des Schamajans Holle, die Militärpolizeitruppe des Oberleutnants Treter und andere Abteilungen. Auch der General von Goltz hat sich dem russischen Heere zur Verfügung gestellt. Ebenso will das 6. Reservekorps geschlossen übertreten. Die ungefähr 30 000 Mann starken deutschen Truppen befinden sich dem eigentlichen Kern der russischen Kontingente ähnlichen Armeen. Der Vormarsch gegen Sowjetrußland soll am 31. August angetreten werden. Von Deutschland aus sind bereits Dampfer nach Rußland flutend.“

9-Milliarden-Anleihe-Kredit.

Der Nationalversammlung ist der Entwurf eines Gesetzes betreffend einen Anleihekredit für das Rechnungsjahr 1919 zugegangen, wonach der Reichsmittler der Finanzen ermächtigt wird, zur Bestreitung einmöglicher ordentlicher Ausgaben die Summe von 9 Milliarden Mark im Wege des Anleihe-Kredits zu machen, den einzelnen Reichsbehörden die aus Anlaß des Krieges und der Demobilisierung erforderlichen Zahlbeträge bis zur Höhe von 7 Milliarden Mark zu überreichen sowie 2 Milliarden Mark für Leistungen aus dem Friedensverträge zu verwenden. Begründet wird der Entwurf mit der Notwendigkeit, wegen der unmittelbaren bevorstehenden Erschöpfung des Anleihekredits der Reichsregierung weitere außerordentliche Bedingungsstellen bereit zu stellen.

Die Beherrschung der evangelischen Kirche durch die Polen.

Der heidnische Abgeordnete D. Mumm hat in der Nationalversammlung folgende Anträge eingebracht:

„Durch den Friedensschluß sind 719 evangelische Kirchengemeinden in Schlesien mit 177 000, in Polen mit 600 000, in Ostpreußen mit 625 000, in Ostpreußen mit 600 000 Seelen, zur evangelischen Landeskirche der älteren preussischen Provinzen gelangt, an den polnischen Staat gefallen; von diesen 2 Millionen sind nur etwa 40 000 polnische Seelen, während die Weizsäcker mit etwa 200 000 Seelen ein selbständiges Volkstum bilden. Diese Gemeinden verlangen bei der bisherigen auf dem Boden der Union liegenden Mutterkirche zu verbleiben. Befürchtung ist, daß die katholisch-keiserliche Organisation vielfach über die Landesgrenzen, z. B. Schlesien, — nun aber ist jedoch eine Verdrängung des obersten polnischen Priestertums erfolgt, durch die die evangelischen Kirchengemeinden des von den Polen besetzten Gebietes dem Reichsamt der Provinzen unterstellt werden. Das bedeutet eine faktische Beherrschung des Reichsamt durch eine polnische Verwaltung, was die Union gefährdet wird; es bedeutet zugleich eine förmliche Unmöglichkeit, da Generalinspektoren in Warschau durch ihre

Vorgehen gegen alles Deutschtum jedes Vertrauens der Deutschen entbehrt. Der evangelische Oberkirchenrat hat die preussische Regierung ersucht, dem Vorgehen des obersten polnischen Volksrates und des Warschauer Konsistoriums aus nachdrücklich entgegenzutreten. Wie stellt sich das Auswärtige Amt zu diesem, dem Friedensvertrag widersprechenden Vorgehen der Polen?

Polnische Arbeiter für Frankreich.

Paris, 18. August. (Eig. Draht.) Nach einer anscheinend offiziellen Warschauer Note haben die Besprechungen zwischen der französischen Regierung und der polnischen Delegation über die Heranziehung polnischer Arbeiter für den Wiederaufbau in Frankreich zu einer vollständigen Einigung geführt; die Verwendung polnischer Arbeiter soll von größerer Ausdehnung sein, als ursprünglich geplant wurde.

Vollgewissensoffensive in Jugermanland.

Tilsit, 18. August. (Eig. Draht.) Aus Mitan wird gemeldet, daß an der Jugermanland-Front, am Zugausfluß, die heftige vollgewissensoffensive ansetzt, russische und estnische Truppen haben jedoch das Vordringen aufgehalten. Die estnische Regierung behauptet die Regierungsverantwortung aller Ursachen an, was kein dauerndes Geschäft in Estland zu erledigen hat, wird ausgetrieben.

Zum Tode Zwoskoff.

des estnischen Führers des französisch-russischen Waffenbundes, der sich ausschließlich gegen Deutschland richtete, schreibt „Humanität“: „Die von Trotzki veröffentlichten Beobachtungen lassen Zweifel erwecken, daß die Verantwortung, den Weltkrieg entfacht zu haben, nicht allein das pan-germanische Deutschland trifft, sondern auch die Protagonisten der russischen kaiserlichen Politik, von denen Zwoskoff einer der bedeutendsten Vertreter war.“

Afghanistan.

Nach der „Times“ sind die Kämpfe an der afghanischen Grenze, über die wir zuletzt berichteten, wieder Erwarteten noch nicht zum Stillstand gekommen. Zwar hat der Emir die Waffenstillstandsbedingungen angenommen und erklärt, künftighin in Frieden mit Indien leben zu wollen; aber es macht sich jetzt geltend, daß der Emir die zahlreichen Stämme und Verbände seines Landes nicht in der Hand hat. Diese Leute, schreibt die „Times“, haben nichts zu verlieren und besitzen kein Eigentum innerhalb der britischen Grenzen. Wenn ihre Vorkräfte erschöpft sind, fallen sie plündernd in die fruchtbare Ebene ein und schießen selbst vor Nord nicht zurück. Den Gedanken, der fe-bersticht, bräiden sie selbst zu aus: Diese reiche Ebene liegt hier am Fuß unserer Berge, weil Gott sie zu unserer verdienstlichen Hilfe bestimmt hat, damit, wenn wir keine Ernte haben, wir hinuntergehen und ihre Ernte einheimsen; und wenn es uns schlecht geht, und wir der britischen Regierung eine große Geldsumme zu zahlen haben, erleichtern wir einige der reichen Stämme um das Geld, welches sie durch Raub, den Gott haßt, angehäuft haben.“

So führen diese Verbände auch jetzt den Kleinkrieg auf eigene Rechnung weiter und haben gerade in letzter Zeit den Engländern durch Überfälle auf einzelne Kolonnen erhebliche Verluste beigebracht.

Die Verluste der deutschen Interoffiziere.

Nach einer amtlichen Zusammenstellung hat Deutschland im Weltkrieg an gefallenen, verwundeten und vermissten Offizieren und Interoffizieren im ganzen einen Verlust von 778 560 Mann gehabt. Davon entfielen auf Preußen 610 900, auf Bayern 79 066, Sachsen 55 300 und auf das württembergische Kontingent 83 204. Die Zahl der Toten beträgt bei Preußen 150 407, Bayern 18 657, Sachsen 12 992, Württemberg 8149, zusammen also 190 205. Vermißt werden 110 618 Angehörige des Interoffiziersstandes. Nicht weniger als 477 373 wurden verwundet. Diese Opfer be-

weisen, daß das deutsche Unteroffizierskorps mit berechtigtem Stolz auf seine Leistungen und seine treue Pflichterfüllung im Kriege zurückblicken darf.

Keine Verstaatlichung der englischen Kohlenbergwerke.

„Daily News“ zufolge hat sich die britische Regierung jetzt endgültig gegen die Verstaatlichung der Kohlenbergwerke entschieden.

Die Kommunalisierung des Lebensmittelhandels.

Wenige Wirtschaftszweige haben in so hohem Maße ein Beispiel für das völlige Versagen der Zwangswirtschaft gegeben wie der Lebensmittelhandel. In der Tat sind wohl auch nirgends die Verhältnisse für eine Gemeinwirtschaft so ungünstig wie gerade hier. Die Aufgabe des Lebensmittelhandels ist es einerseits, die Bedürfnisse der Verbraucher nach ihrer individuellen Gesinnungsrichtung zu befriedigen sowie die Waren in lohnrentenreicher Weise zu beschaffen, bevor sie ihrer Bestimmung zugeführt werden. Gerade die Lebensmittel sind zum Teil sehr verderblich und leben aus diesem Grunde eine große öffentliche Aufmerksamkeit, bei welcher die kaufmännische Initiative immer fast zurückgedrängt wird, wenig geeignet. So sind denn auch während des Krieges ungeheure Werte der Volksernährung verloren gegangen, weil die Waren oft solange „verrotten“ und „verwahrlosten“ wurden, bis sie glücklich werden waren. Dazu kam noch, daß den Beamten der mit der Bewirtschaftung betrauten Stelle oft jede Warenkenntnis fehlte, so daß bei den unglücklichen Kaufmannsangelegenheiten, die für die Züchtigkeit des gewöhnlichen Kaufmanns unmöglich gewesen wären.

In der letzten Zeit sind Behauptungen aufgetaucht, daß das Beherrschung des Lebensmittelhandels an die Kommunen übertragen werden soll. Der sozialistische Parteitag, der der Öffentlichkeit immer besser und billiger arbeitet als der Kleinbetrieb, hält man den Lebensmittelhandel für einen überwandenen Wirtschaftszweig und will ihn durch Kommunalbehörden erledigen.

Unser Ernährungsökonom, die im Kriege durch die Verdrängung der Gegner, nicht zu Unrecht aber auch durch die gewissenlosen Maßnahmen, mit welchen man den Erwerb erschlachten wollte, in Wahrheit aber nur den Wucher und die Unmoral groß machte, fast zumungeborenen war, soll nun weiteren „größtenteils“ Experimenten ausgesetzt werden. Dies will man gerade in einem Zeitpunkt vornehmen, der seit vielen Jahren zum erstenmal wieder so hoffnungsvoll für eine zukünftige Besserung der Ernährungsverhältnisse blickt läßt. Es ist vollkommen, daß der Staat im Ausland keine Arbeit mehr genießt. Der Kredit der Kommunen besser aber auf dem des Staates und reicht bei weitem nicht an den des Kaufmanns heran. Nur der Kaufmann hat heute auf die Dauer in der Lage, Waren aus dem Ausland zu beschaffen, nur mit ihm könnte auch der ausländische Kaufmann zu arbeiten, nicht aber mit Kommunalverwaltungen, Lebensmittelämtern und Kriegsgesellschaften. Beinhaltet es auf der Seite der Verbraucher. Das Publikum ist es längst satt geworden, zu geteilte Waren ohne jede Mäßigkeit auf keinen Geldmarkt kaufen zu müssen und sieht sich demnächst bei einem Lebensmittel noch freier Markt den Verbrauch zu stellen. Eine Fortsetzung aber der Kriegswirtschaft durch die Kommunalisierung des Lebensmittelhandels würde die bestehenden Verhältnisse der Kriegswirtschaft verewigen, ohne daß die wirtschaftliche Notwendigkeit hierfür im gleichen Maße bestünde. Der erhebliche Mißstand aber, soweit er im Lebensmittelhandel liegt, war, der Großhändler und der Detailist, würden ausgeschaltet, d. h. seine Mitglieder würden zu Lohnarbeitern herabgedrückt, die geringstenfalls froh sein müßten, wenn die Kommunen sie mit der Verteilung der fälschlichen Waren betraute. Die Heranziehung von Beamten zum Schlichter, zum Bediensteten würde unterbleiben, denn es würde für sie das Schicksal der Interoffiziere oder Soldaten bedeuten, die sich mit der Ausübung von Lehrlingsorganisationen wegen nicht abgeben konnte. — Wie in manchen anderen würde uns das neue System auch bei Durchsicht der Pläne der Kommunalisierung des Lebensmittelhandels Mißstand über, soweit er im Lebensmittelhandel liegt, neuer und jäher werden, als je der freie Handel bieten konnte und ein Soer von schmerzlichen Mißständen würde an die Stelle einer Schicht tüchtiger und lohnbringender Kaufleute treten. Auch die Kommunen würden dabei, wie die bisherigen Verhältnisse bereits

Schuld und Sühne.

Original-Roman von Erich Ebenfeld.

(Schlußdruck verboten.)

Inspektor Nolteiner begann seine Nachforschungen zuerst bei dem Träger Nummer 7, Josef Köppler. Der mußte den Herrn doch beschreiben können, der ihm den Koffer übergeben hatte!

Aber Köppler fragte sich etwas hinter den Ohren und schüttelte den Kopf.

„Nichts kann ich beschreiben, Herr Inspektor. Ich sah den Herrn ja eigentlich nicht. Als ich den Koffer aufnahm, sah er noch im Wagen und zeigte sich oben nur ein weißes, um sich zu verbergen, ich möge vorangehen, er wollte mir helfen, den Koffer abzulassen. Sein Gesicht war durch einen weißen, weislichgelben Schleier, der tief in der Stirn lag, verdeckt. Zudem dümmerte es bereits stark, denn der Himmel war voll dunkler Wolken. Das einzige, was ich ganz deutlich sah, war seine weiße, kräftige Hand, die aus dem Rahmen des herabgelassenen Fensters lag. Sie fiel mir auf, weil ich ein Ring mit einem großen Diamanten am kleinen Finger besaß.“

„Aber ob der Mann einen Bart trägt oder glatt rasiert war, mußten Sie doch gesehen haben?“

„Dazu könnte ich höchstens sagen: einen Vollbart trägt er keinesfalls. Ob er aber einen Schurzbart oder kleinen Vadenbart hatte, kann ich nicht beschreiben.“

„Wie sprach er? Dialekt oder reines Deutsch?“

„Dialekt nicht. Er redete ganz nach der Schrift, wie es die Gelehrten tun. Es kam mir fast ein bißchen komisch vor.“

„Wieso?“

„Na, das kann ich nicht so sagen. Es kam eben geirrt. Es, als wollte er recht schön sprechen.“

„Wenig, sehr wenig, was Sie da beobachtet haben, mein Lieber! Die Nummer der Tafel haben Sie sich natürlich auch nicht angesehen?“

„Doch, die weiß ich, weil ich den Kofferträger vom Bahnhofskontrollamt an. Es ist Nummer 84, und der Koffer heißt Leopold Wagner.“

Nolteiner atmete auf. Gottlob, doch etwas — ein Faden, an dem man weiter forschen konnte!

Er machte sich sofort daran, den Kofferträger aufzusuchen. Über Leopold Wagner war über Land gefahren, und wurde erst am Abend des folgenden Tages zurück erwartet.

„Ach gut“, dachte der Inspektor. „Der Mann ist mir sicher. Inzwischen werde ich mich bei der Mutter ein wenig nach ihrer Tochter erkundigen.“

Indessen verlief auch diese Unterredung nicht so befriedigend, wie er gehofft hatte. Erstens legte ihm der tiefe Schmerz der gramgebeugten Mutter, deren Nummer selbst dem Polizeieinspektor ans Herz griff, unwillkürlich Zurückhaltung auf.

Dann aber hatte auch er, wie früher Herr von Troll, das Gefühl, Frau Widenroth wolle nicht alles sagen, was ihr durch den Kopf ging. Gewisse Fragen ließen sie sichtlich in Verwirrung, und sie half sich mit Phrasen über die Antwort hinweg. Andere wieder schienen sie geradezu zu quälen.

Sie behauptete aber Verleumdung und Verleumdungen ihrer Tochter sah gar nichts zu wissen. Sie habe ihr den Hauskoffer gefährt, ihre Garderobe instand gehalten, im übrigen aber ein sehr zurückgekommenes Leben geführt. Ans Theater sei sie nur gegangen, wenn Helene zum erstenmal eine neue Partie sang. Bei Gesellschaften im Haus, die übrigens sehr selten stattfanden, immer nur für wenige Stunden erschienen, da sie keine näheren Beziehungen zu den Kolleginnen und Kollegen ihrer Tochter unterhalte. Uebrigens habe auch ihre Tochter, soweit sie wisse, mit niemand anderem Verkehr gepflogen, da sie sehr verschlossen und keine Fremden von Gesellschaft gewesen sei. Außer Fräulein Eitra, der höchsten Aktivistin, sei sie wohl mit niemand intimer befreundet gewesen.

„Ob diese, für eine Künstlerin ausfallende Zurückhaltung schon immer vorhanden gewesen ist?“ fragte Inspektor Nolteiner, indem er sich Fräulein Eitra's wendete.

„Nein. Früher — im Anfang ihrer Laufbahn vor meine Tochter wohl gefälliger und lebenslustiger“, gab Frau Widenroth ändernd zu.

„Aber dann muß es doch einen Grund für diese Sinnesänderung gegeben haben?“

Die Antwort auf diese Frage kam noch später.

„Ich glaube, es lag wohl nur an den Jahren, die ja eben Menschen erster und zweitbesten machen.“ — lautete die unbestimmte Antwort.

„Der vielleicht an einer Liebesangelegenheit, die Fräulein Widenroth ganz in Anspruch nahm? Die junge Dame war sehr schön und hat zweifellos viele Bewunderer gehabt.“

„Es ist möglich. Darüber ist mir nichts bekannt.“ Das klang direkt abweisend. Aber Nolteiner dachte gelassen weiter.

„Sie haben nie bemerkt, daß Ihr Fräulein Tochter einen der männlichen Gäste vor andern auszeichnete oder daß ihr jemand in diesem Sinne näher stand?“

„Nein. Von den Herren, die gelegentlich hier vorkommen, weiß ich nur, daß sie für alle gleich behandelt, das heißt mit kameradschaftlicher Lebenswürdigkeit, die nichts erwartet und zu nichts verbindet.“

Die Antwort befriedigte den Inspektor nicht ganz. Er fragte über diesen Punkt noch weiter, konnte aber durchaus nichts aus Frau Widenroth herausbringen.

Sie wurde nur verwirrt, als er noch einmal auf die Vergangenheit der Erworbenen zurückkam und sich erkundigte, ob denn nicht vielleicht aus Versehen oder Aufsehen wegen Fräulein Widenroth in dieser Richtung ein Fingerzeig zu bekommen sei. Denn er habe nun einmal den bestimmten Verdacht, daß hinter ihrem tragischen Ende eine Liebesangelegenheit stehe.

Frau Widenroth wurde blaß und blickte sichtlich erschrocken vor sich hin.

„Wenn Sie dies vermuten“, sagte sie endlich mühsam, „dann forschen Sie selbst in dieser Richtung nach.“ „Sie kann Ihnen keine Auskunft geben. In der nachgelassenen Brieftasche meiner Tochter zu führen, bin ich vorläufig ganz außerstande.“

„Könnten Sie nicht mit einem Einblick gestatten, gnädige Frau?“

(Fortsetzung folgt.)

